

Befragung im INSA-Meinungstrend

im Auftrag des Deutschen Instituts für
Altersvorsorge

August 2022



Methodische Angaben

Feldzeit:

05.08. – 08.08.2022

Methodik:

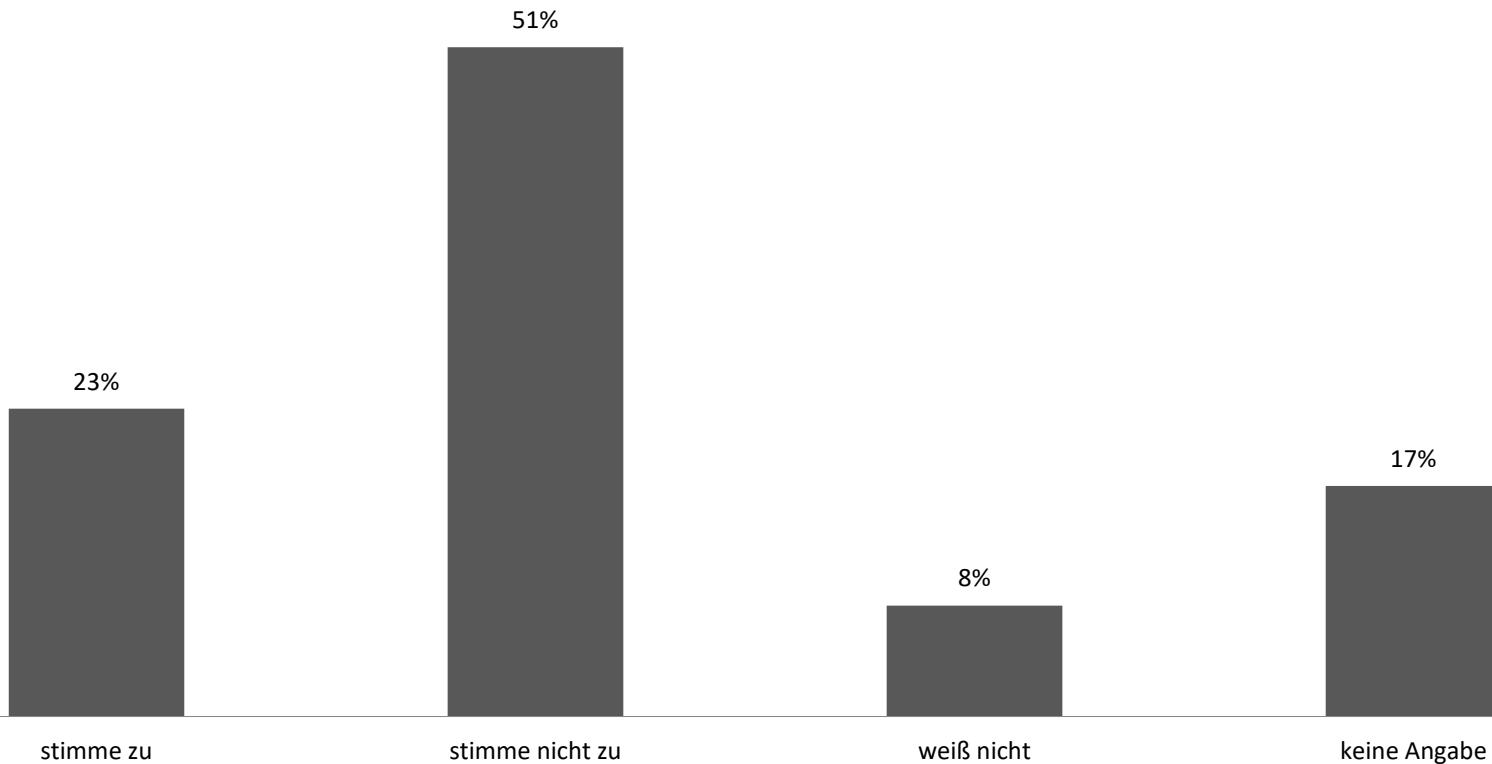
Die Umfrage wurde als Online-Befragung durchgeführt. Die Umfrage ist gestützt auf der permanenten Telefon-Befragung INSA-Perpetua Demoscopia.

Stichprobe:

2.099 Personen aus Deutschland ab 18 Jahren nahmen an der Befragung teil.

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

Aufgrund der aktuellen Preissteigerungen habe ich Einzahlungen in vorhandene Sparverträge eingestellt.

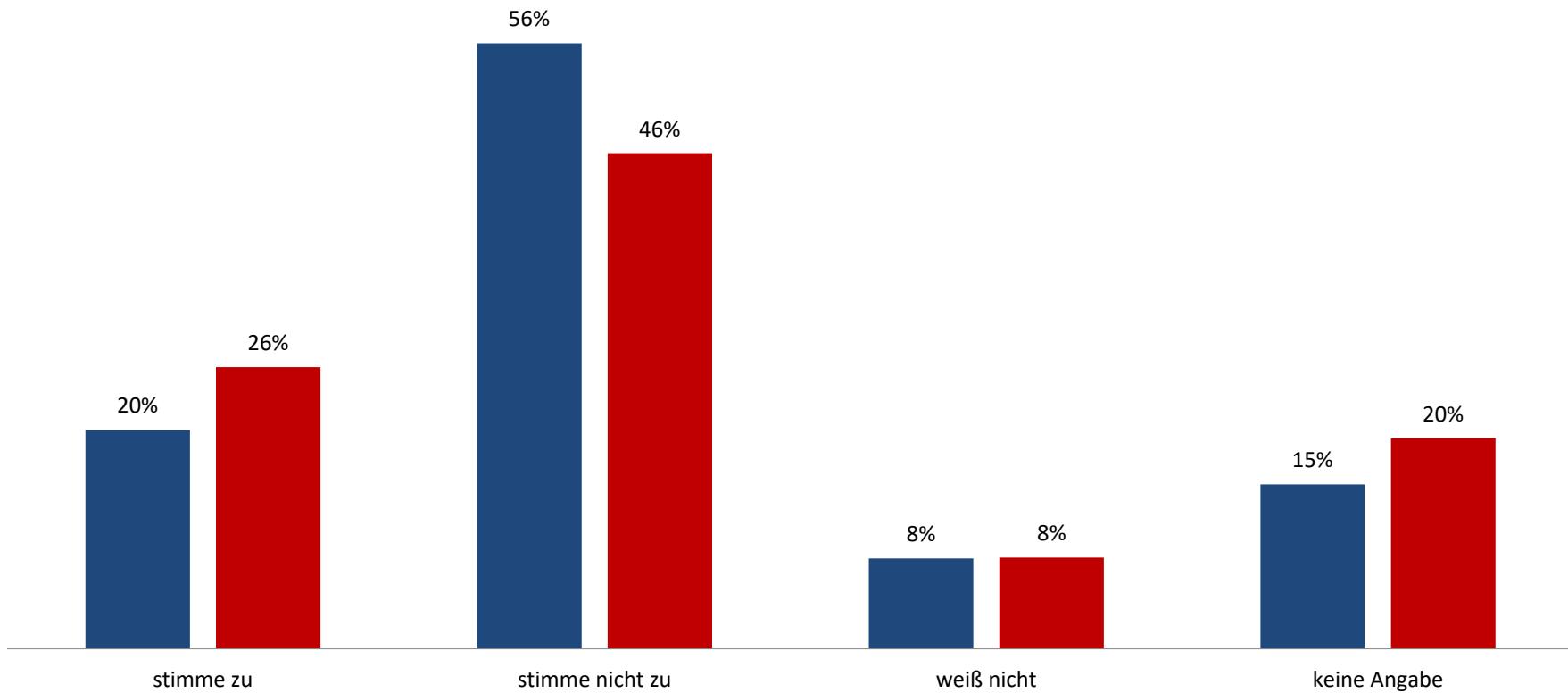


Etwa die Hälfte (51 %) der Befragten stimmt der Aussage, aufgrund der aktuellen Preissteigerungen Einzahlungen in vorhandene Sparverträge eingestellt zu haben, nicht zu. Etwa ein Viertel (23 %) der Befragten gibt hingegen an, aufgrund der aktuellen Preissteigerungen Einzahlungen in vorhandene Sparverträge eingestellt zu haben. Acht Prozent wissen es nicht und 17 Prozent möchten dazu keine Angabe machen.

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

Aufgrund der aktuellen Preissteigerungen habe ich Einzahlungen in vorhandene Sparverträge eingestellt.

■ männlich ■ weiblich

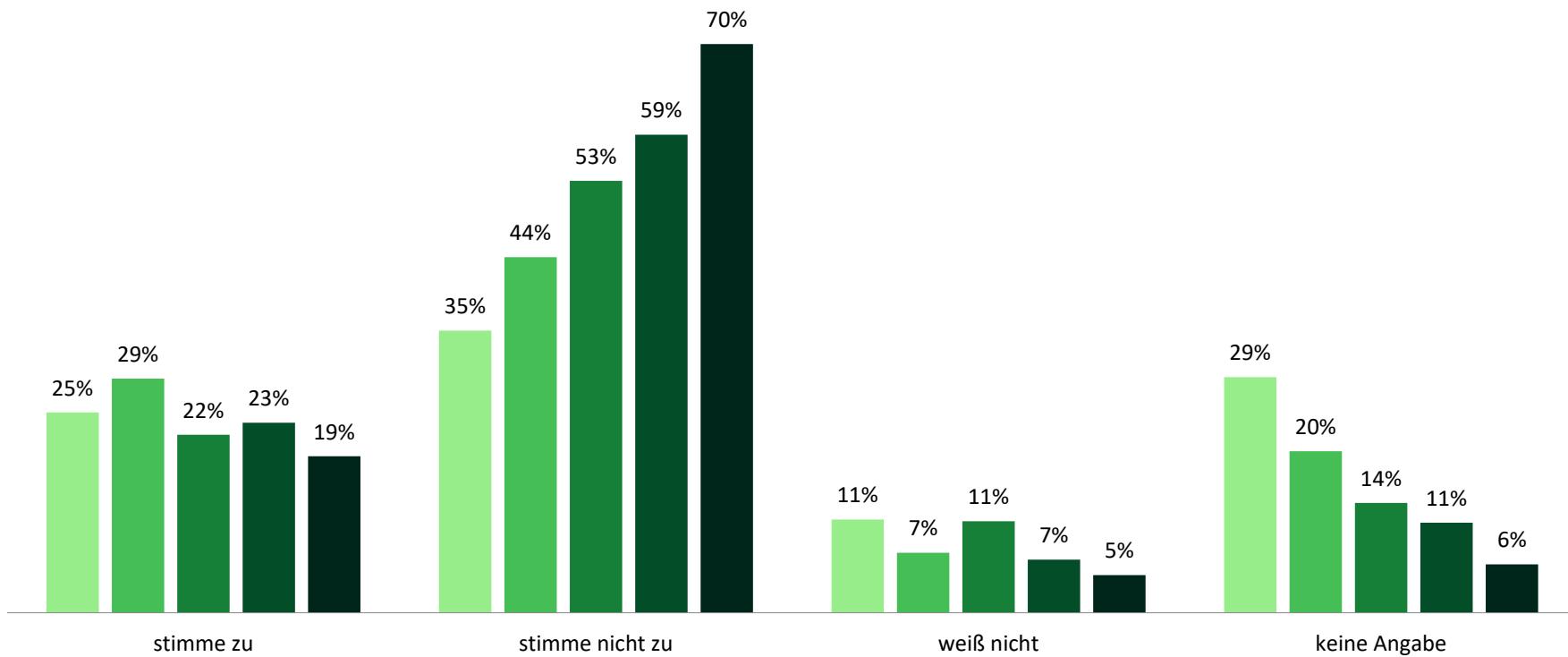


Auch wenn beide Geschlechtergruppen der Aussage jeweils mehrheitlich nicht zustimmen (46 bzw. 56 %), geben weibliche Befragte häufiger als männliche an, dass sie aufgrund der aktuellen Preissteigerungen Einzahlungen in vorhandene Sparverträge eingestellt haben (26 zu 20 %).

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

Aufgrund der aktuellen Preissteigerungen habe ich Einzahlungen in vorhandene Sparverträge eingestellt.

■ unter 1.000€ ■ 1.000€ bis unter 2.000€ ■ 2.000€ bis unter 3.000€ ■ 3.000€ bis unter 4.000€ ■ 4.000€ und mehr

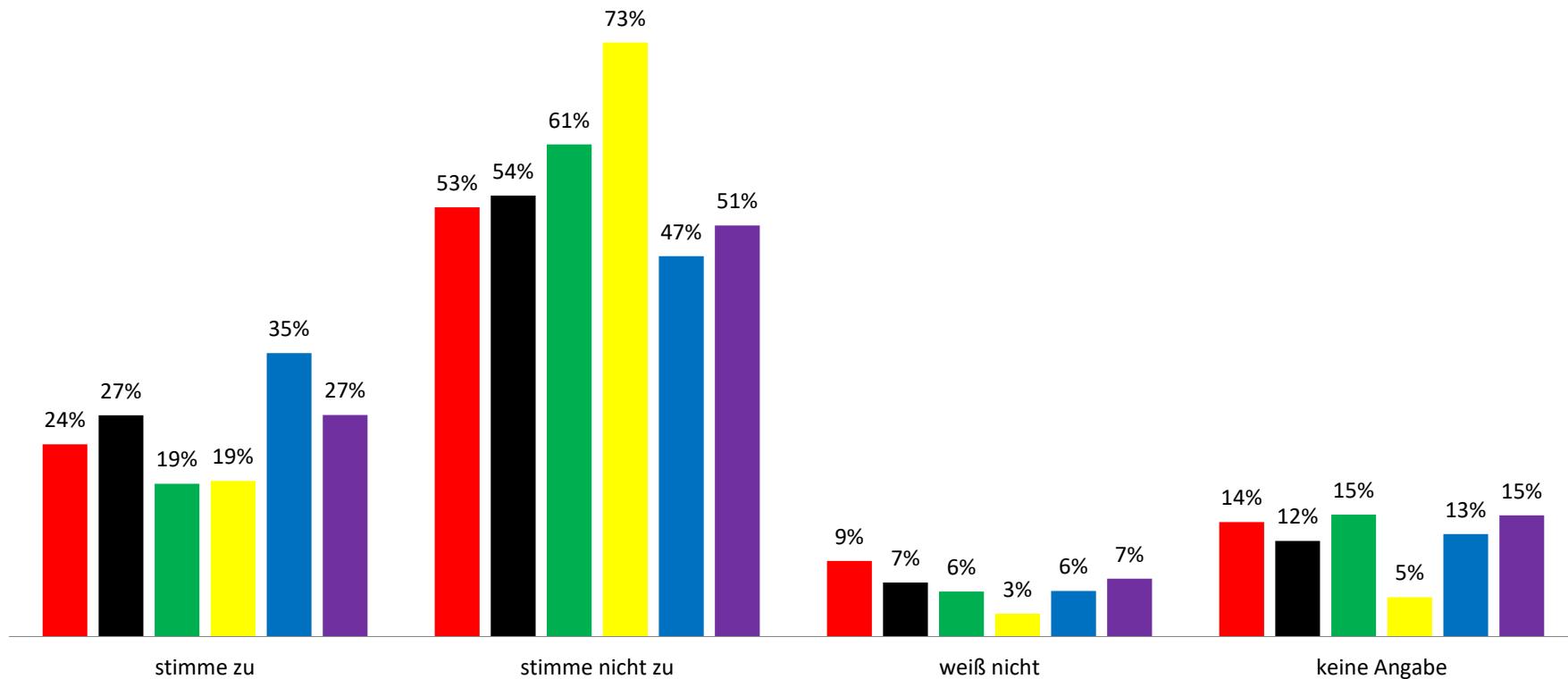


Mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen der Befragten steigt der Anteil derer, welche der Aussage nicht zustimmen, deutlich an (von 35 auf 70 %). Befragte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 2.000 Euro stimmen der Aussage (etwas) häufiger zu (25 bzw. 29 zu 19 – 23 %), möchten allerdings auch häufiger keine Angabe dazu machen (29 bzw. 20 zu 6 – 14 %).

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

Aufgrund der aktuellen Preissteigerungen habe ich Einzahlungen in vorhandene Sparverträge eingestellt.

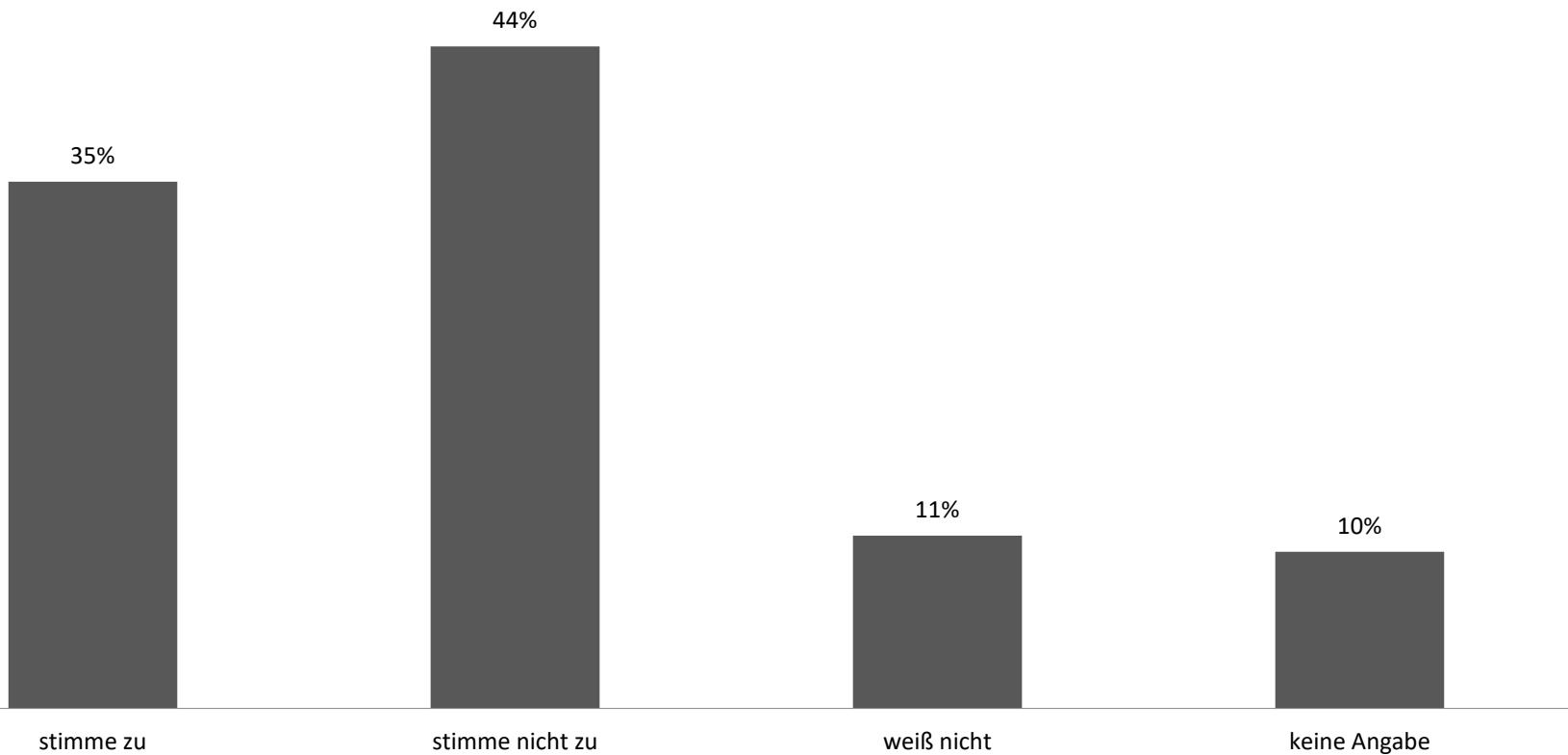
■ SPD ■ CDU/CSU ■ Die Grünen ■ FDP ■ AfD ■ Die Linke



Grundsätzlich stimmen alle Wählergruppen der Aussage mehrheitlich nicht zu, wobei dies Wähler der FDP deutlich häufiger tun als die anderen Wählergruppen (73 zu 47 – 61 %). Wähler der AfD (35 %) haben am häufigsten und Wähler von Grünen sowie FDP (je 19 %; Rest: 24 – 27 %) am seltensten aufgrund der aktuellen Preissteigerungen Einzahlungen in vorhandene Sparverträge eingestellt.

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

Aufgrund der aktuellen Preissteigerungen prüfe ich derzeit, ob meine bestehenden Vorsorge- und Versicherungsverträge verzichtbar sind.

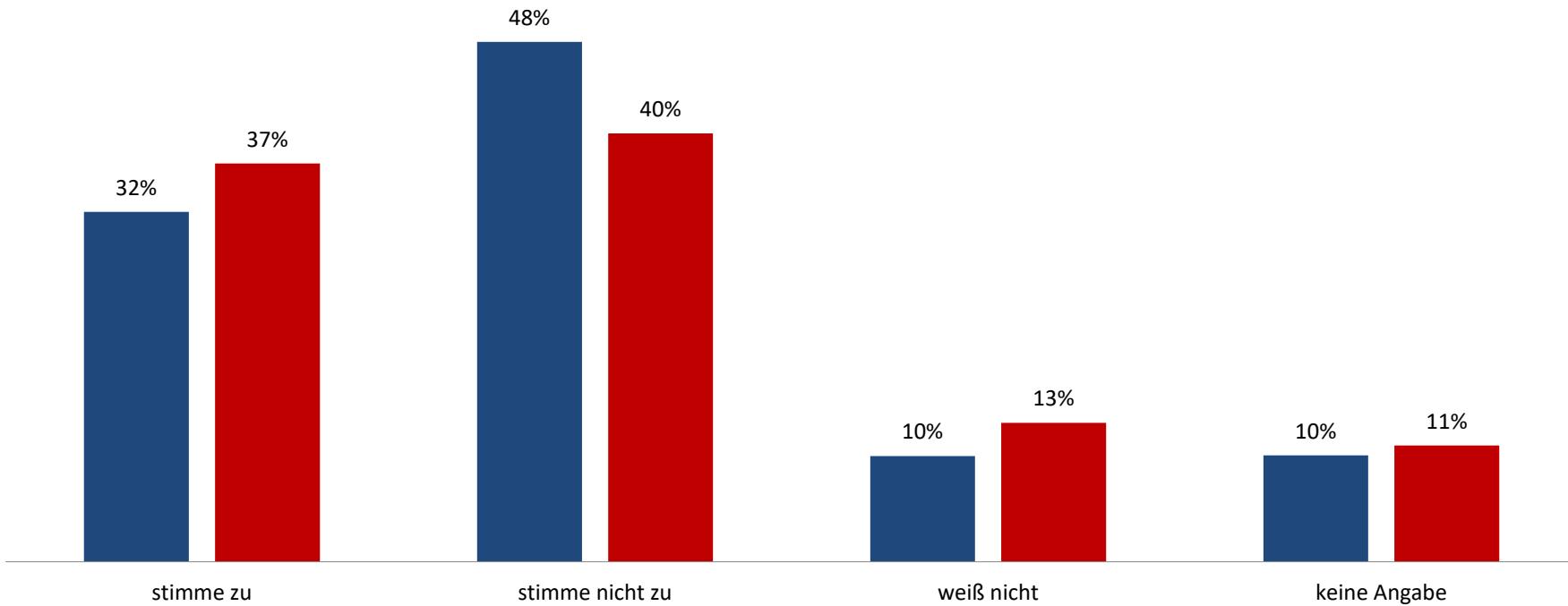


Die relative Mehrheit von 44 Prozent der Befragten stimmt der Aussage nicht zu. Dagegen gibt etwa ein Drittel (35 %) der Befragten an, dass sie aufgrund der aktuellen Preissteigerungen derzeit prüfen, ob ihre bestehenden Vorsorge- und Versicherungsverträge verzichtbar sind. Elf Prozent wissen nicht, wie sie sich zu dieser Frage positionieren sollen und zehn Prozent möchten dazu keine Angabe machen.

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

Aufgrund der aktuellen Preissteigerungen prüfe ich derzeit, ob meine bestehenden Vorsorge- und Versicherungsverträge verzichtbar sind.

■ männlich ■ weiblich

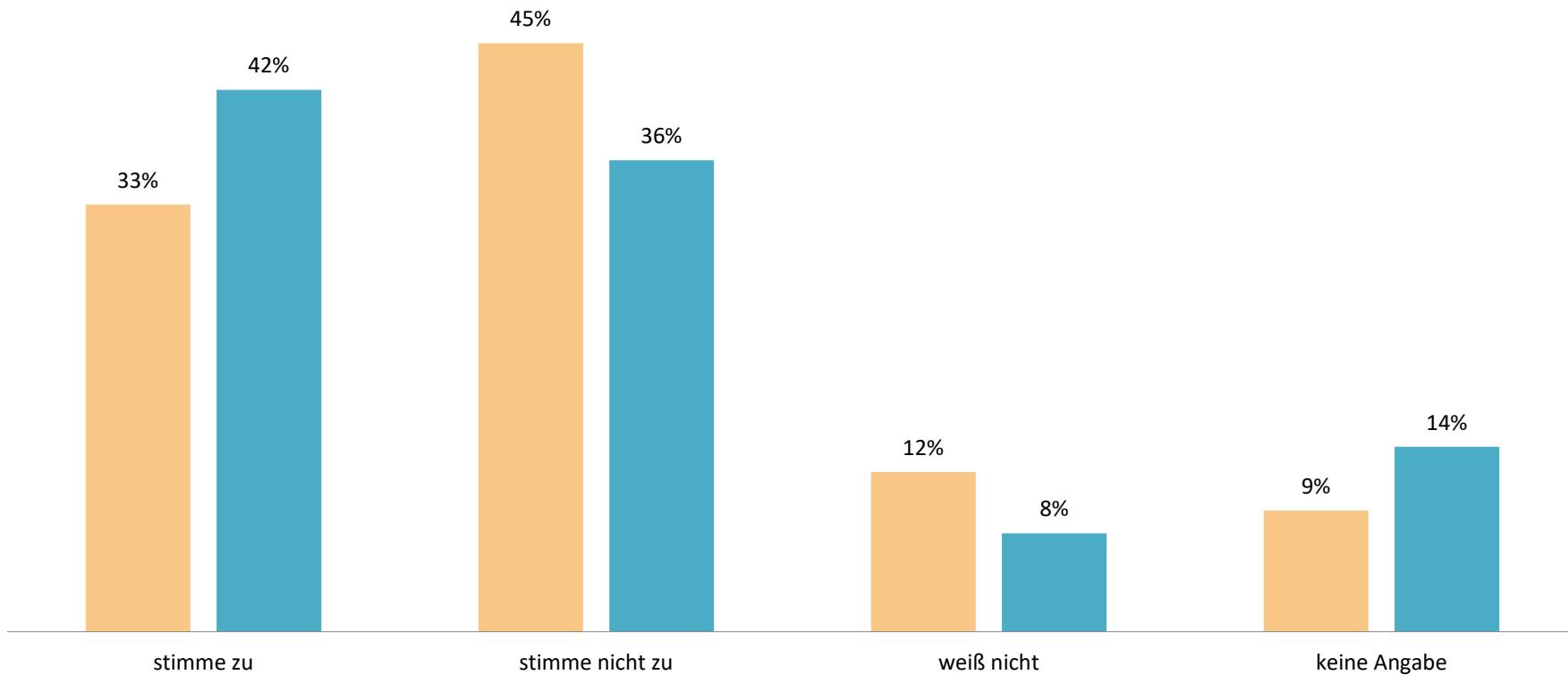


Während weibliche Befragte der Aussage nur knapp relativ-mehrheitlich nicht zustimmen (40 %; 37 % stimmen zu), stimmt fast die Hälfte (48 %) der männlichen Befragten der Aussage nicht zu. Folglich stimmen weibliche Befragte der Aussage, aufgrund der aktuellen Preissteigerungen derzeit zu prüfen, ob bestehende Vorsorge- und Versicherungsverträge verzichtbar sind, häufiger zu als männliche (37 zu 32 %).

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

Aufgrund der aktuellen Preissteigerungen prüfe ich derzeit, ob meine bestehenden Vorsorge- und Versicherungsverträge verzichtbar sind.

■ Westen ■ Osten (inkl. Berlin)

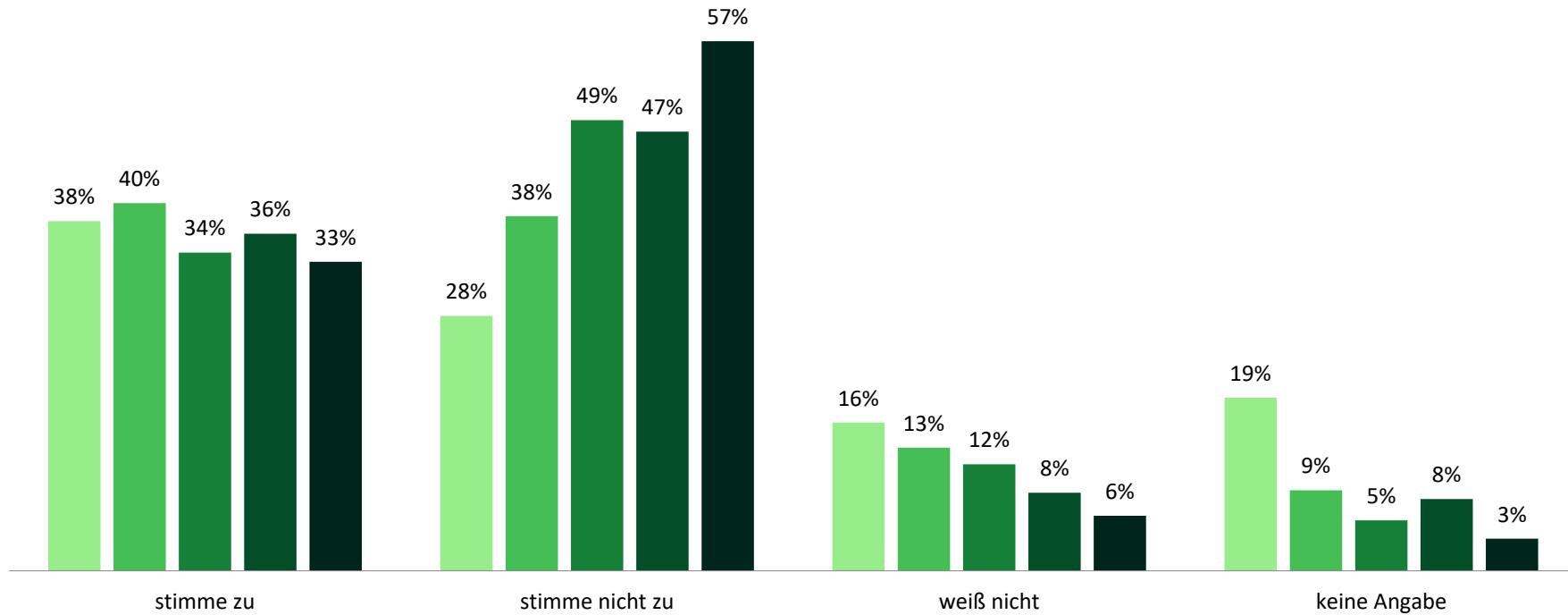


Befragte, welche im Osten Deutschlands wohnen, geben relativ-mehrheitlich an, dass sie derzeit aufgrund der aktuellen Preissteigerungen prüfen, ob ihre bestehenden Vorsorge- und Versicherungsverträge verzichtbar sind (42 %). Befragte aus dem Westen Deutschlands stimmen der Aussage hingegen relativ-mehrheitlich nicht zu (45 %).

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

Aufgrund der aktuellen Preissteigerungen prüfe ich derzeit, ob meine bestehenden Vorsorge- und Versicherungsverträge verzichtbar sind.

■ unter 1.000€ ■ 1.000€ bis unter 2.000€ ■ 2.000€ bis unter 3.000€ ■ 3.000€ bis unter 4.000€ ■ 4.000€ und mehr

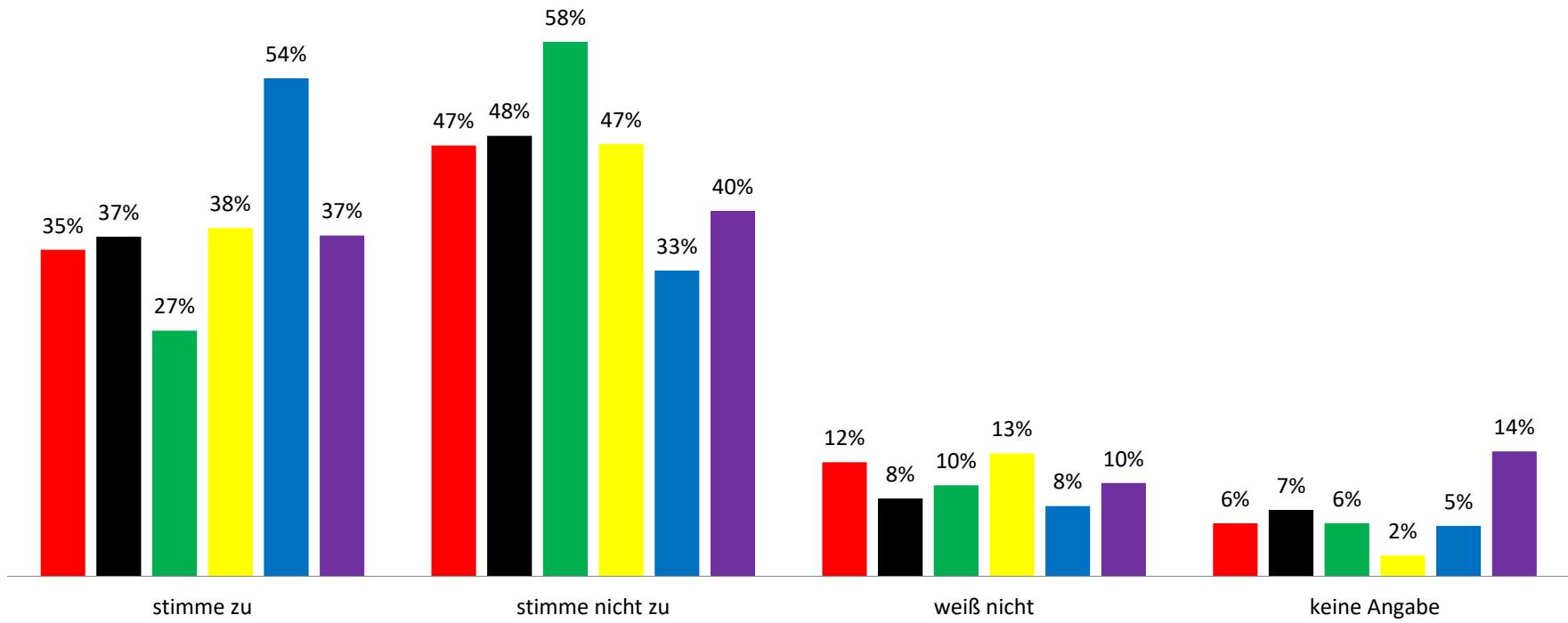


Während Befragte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 1.000 Euro der Aussage relativ-mehrheitlich zustimmen (38 %) und Befragte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 1.000 bis unter 2.000 Euro gespalten sind (40 % stimmen zu, 38 % stimmen nicht zu), geben alle höheren Einkommensklassen (2.000 € oder mehr) jeweils mehrheitlich an, dass sie aufgrund der aktuellen Preissteigerungen nicht momentan prüfen, ob ihre bestehenden Vorsorge- und Versicherungsverträge verzichtbar sind (47 – 57 %). Allerdings wird auch ersichtlich, dass mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen der Anteil derer sinkt, welche es nicht wissen (von 16 auf 6 %), sowie Befragte in der untersten Einkommensklasse deutlich häufiger angeben, dass sie hierzu keine Angabe machen wollen (19 zu 3 – 9 %).

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

Aufgrund der aktuellen Preissteigerungen prüfe ich derzeit, ob meine bestehenden Vorsorge- und Versicherungsverträge verzichtbar sind.

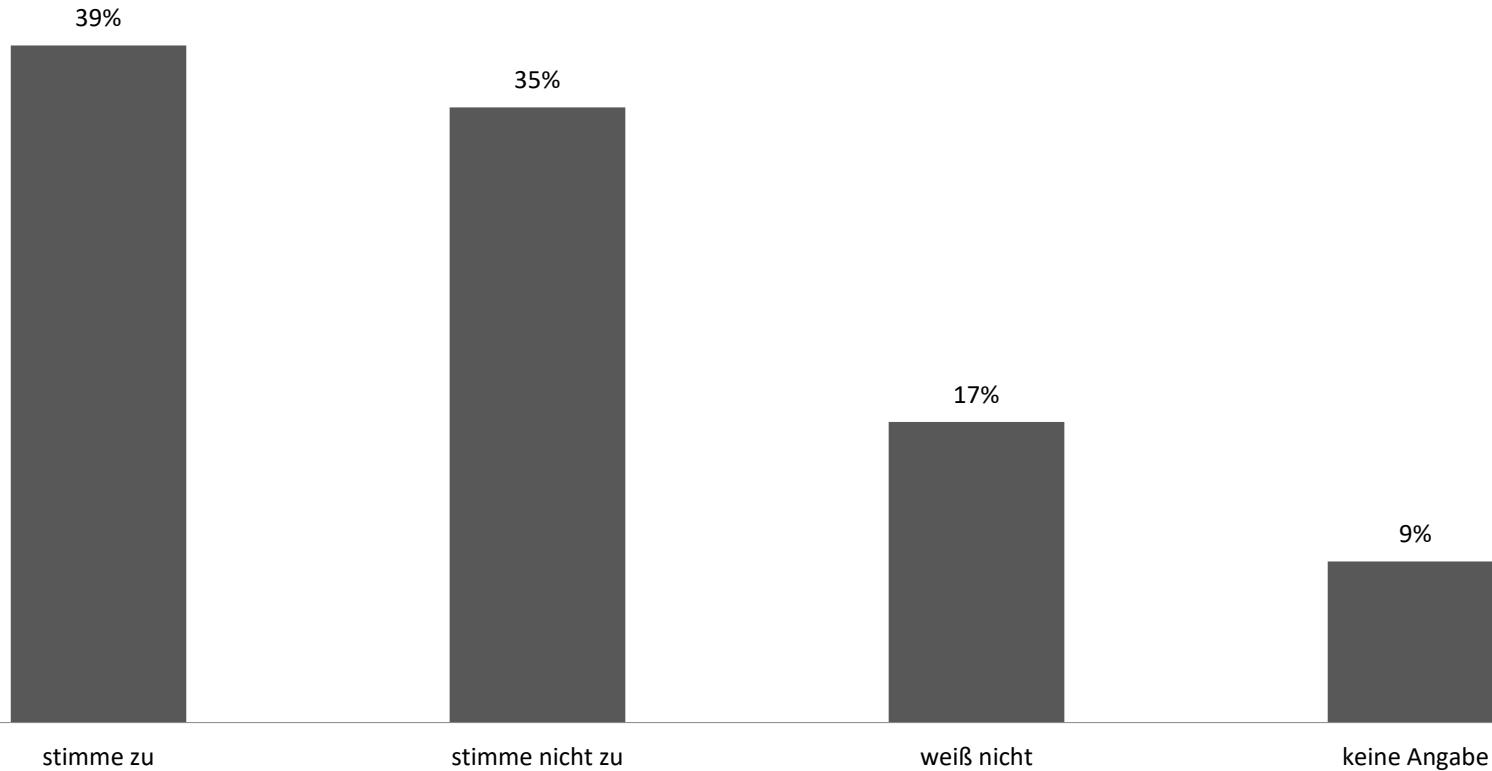
■ SPD ■ CDU/CSU ■ Die Grünen ■ FDP ■ AfD ■ Die Linke



Lediglich Wähler der AfD prüfen momentan absolut-mehrheitlich aufgrund der aktuellen Preissteigerungen, ob ihre bestehenden Vorsorge- und Versicherungsverträge verzichtbar sind (54 %). Wähler der anderen Parteien stimmen der Aussage jeweils mehrheitlich nicht zu, wobei dies Wähler der Linken (40 %; 37 % stimmen zu) nur knapp relativ-mehrheitlich und Wähler der Grünen (58 %; Rest: 47 – 48 %) absolut-mehrheitlich angeben.

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

Aufgrund der aktuellen Preissteigerungen befürchte ich, dass ich spätestens im Herbst/Winter 2022 bestehende finanzielle Rücklagen, zum Beispiel auf Sparkonten, auflösen muss.

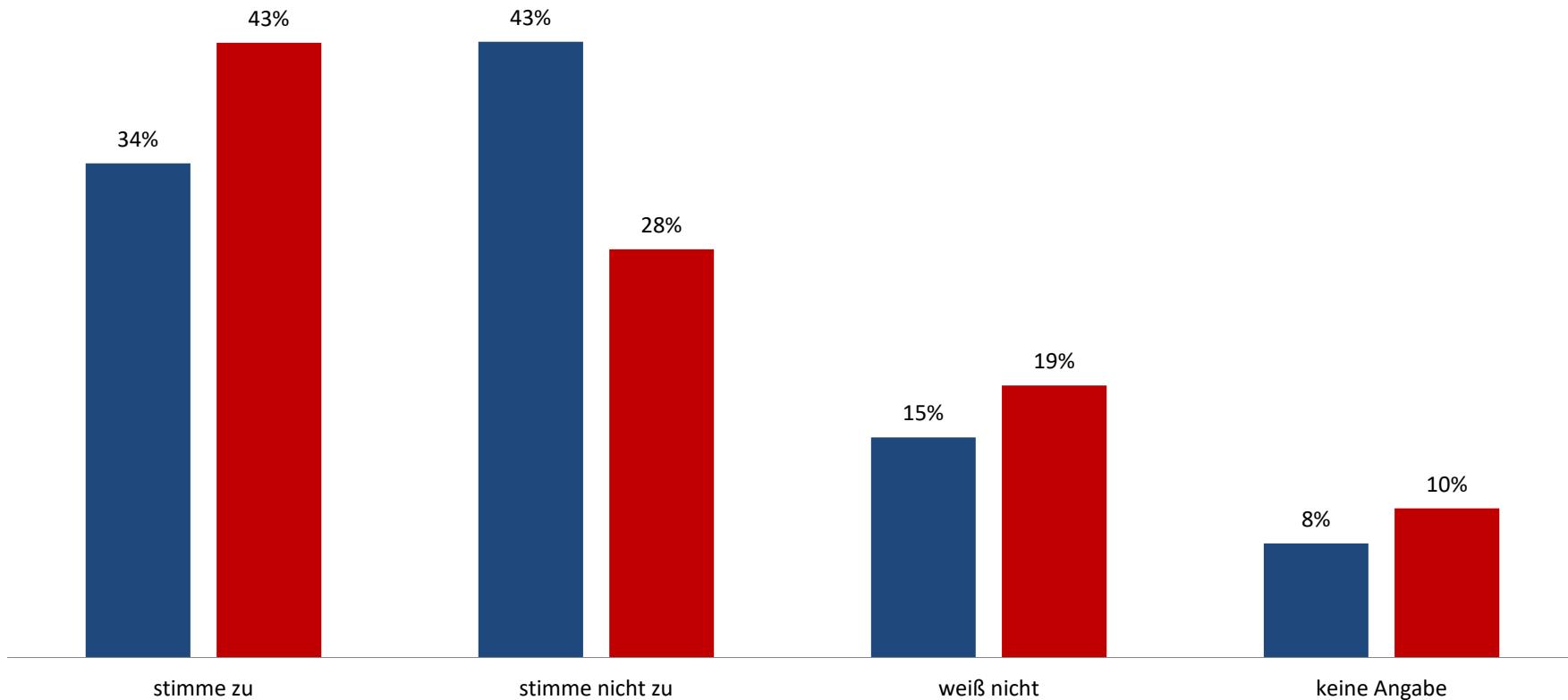


Bei der Frage, ob die Befragten befürchten, dass sie aufgrund der aktuellen Preissteigerungen, spätestens im Herbst/Winter 2022 bestehende finanziellen Rücklagen (z.B. auf Sparkonten) auflösen müssen, kann kein klares Stimmungsbild beobachtet werden: Während 39 Prozent dies befürchten, geben 35 Prozent hingegen an, dass sie dies momentan nicht befürchten. 17 Prozent geben an, dass sie es momentan nicht wissen, und neun Prozent möchten dazu keine Angabe machen.

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

Aufgrund der aktuellen Preissteigerungen befürchte ich, dass ich spätestens im Herbst/Winter 2022 bestehende finanzielle Rücklagen, zum Beispiel auf Sparkonten, auflösen muss.

■ männlich ■ weiblich

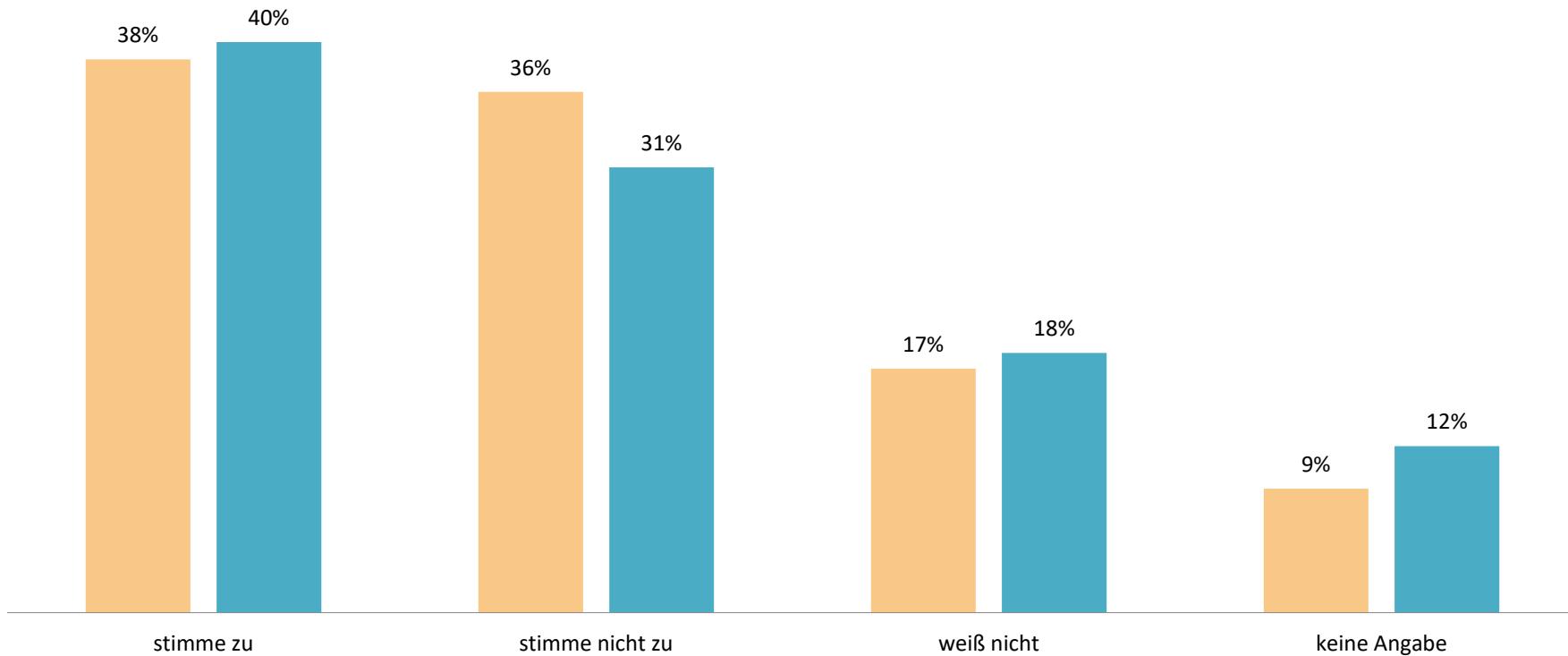


Während weibliche Befragte momentan relativ-mehrheitlich aufgrund der aktuellen Preissteigerungen befürchten, spätestens im Herbst/Winter 2022 bestehende finanzielle Rücklagen auflösen zu müssen (43 %), haben männliche Befragte diese Befürchtung relativ-mehrheitlich nicht (43 %).

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

Aufgrund der aktuellen Preissteigerungen befürchte ich, dass ich spätestens im Herbst/Winter 2022 bestehende finanzielle Rücklagen, zum Beispiel auf Sparkonten, auflösen muss.

■ Westen ■ Osten (inkl. Berlin)

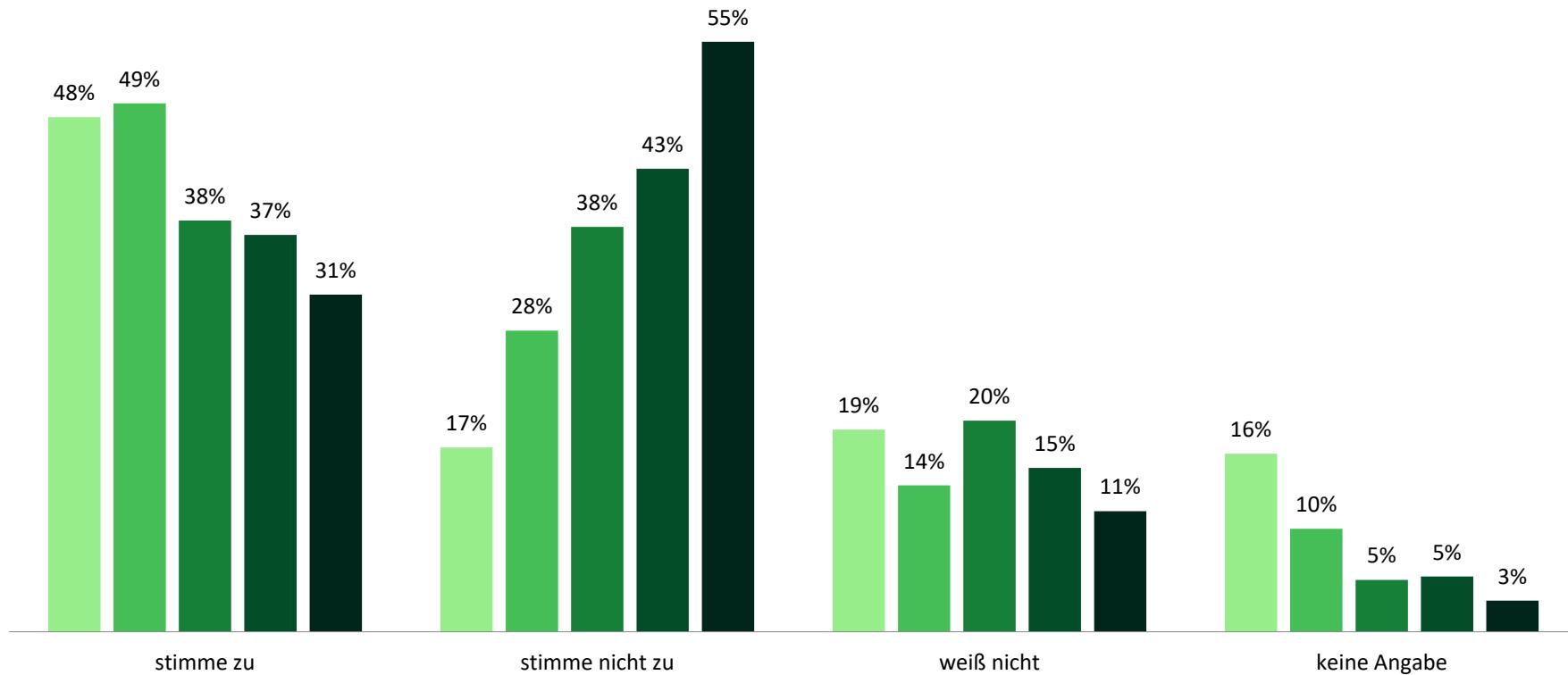


Befragte aus dem Osten Deutschlands geben relativ-mehrheitlich an, dass sie momentan aufgrund der aktuellen Preissteigerungen befürchten, bis spätestens im Herbst/Winter 2022 bestehende finanzielle Rücklagen aufzulösen zu müssen (40 %). Bei Befragten aus dem Westen Deutschlands kann kein klares Stimmungsbild ermittelt werden (38 % stimmen zu, 36 % stimmen nicht zu).

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

Aufgrund der aktuellen Preissteigerungen befürchte ich, dass ich spätestens im Herbst/Winter 2022 bestehende finanzielle Rücklagen, zum Beispiel auf Sparkonten, auflösen muss.

■ unter 1.000€ ■ 1.000€ bis unter 2.000€ ■ 2.000€ bis unter 3.000€ ■ 3.000€ bis unter 4.000€ ■ 4.000€ und mehr

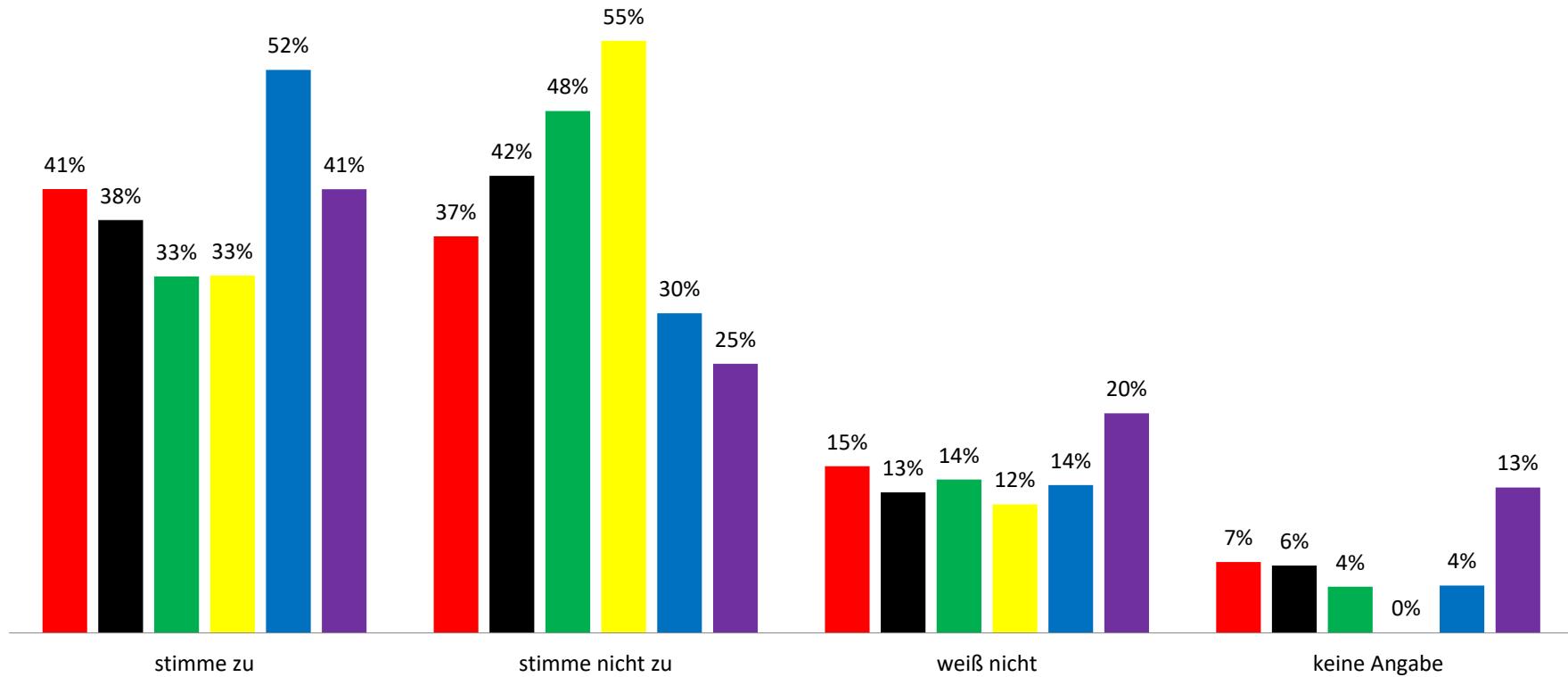


Tendenziell sinkt mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen der Anteil derer, welche momentan befürchten, finanzielle Rücklagen aufgrund der aktuellen Preissteigerungen bis spätestens im Herbst/Winter 2022 auflösen zu müssen (von 48 bzw. 49 auf 31 %), und entsprechend umgekehrt verhält sich dieser Einkommenstrend bei jenen, welche dieser Aussage nicht zustimmen, von lediglich 17 Prozent bei den Befragten in der untersten Einkommensklasse auf 55 Prozent bei jenen Befragten in der obersten Einkommensklasse. Folglich stimmen Befragte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 2.000 Euro der Aussage jeweils mehrheitlich zu (48 bzw. 49 %) und Befragte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 3.000 Euro oder mehr jeweils mehrheitlich nicht zu (43 bzw. 55 %). Befragte in der mittleren Einkommensklasse sind gespalten (je 38 %).

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

Aufgrund der aktuellen Preissteigerungen befürchte ich, dass ich spätestens im Herbst/Winter 2022 bestehende finanzielle Rücklagen, zum Beispiel auf Sparkonten, auflösen muss.

■ SPD ■ CDU/CSU ■ Die Grünen ■ FDP ■ AfD ■ Die Linke



Wähler der SPD (41 %; 37 % stimmen nicht zu) stimmen der Aussage knapp relativ-mehrheitlich, Wähler der Linken (41 %) stimmen der Aussage relativ-mehrheitlich und Wähler der AfD (52 %) absolut-mehrheitlich zu. Alle anderen Wählergruppen stimmen der Aussage jeweils mehrheitlich nicht zu, wobei dies Wähler der FDP (55 %) absolut-mehrheitlich tun und Wähler von Union sowie Grünen (42 bzw. 48 %) jeweils relativ-mehrheitlich.

Kontakt

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

INSA-CONSULERE GmbH

Arndtstraße 1

99096 Erfurt

Tel.: 0361 380 395 70

Fax: 0361 644 311 1

Hinweise zu den Grafiken:

Auf Grund der Verwendung von gerundeten Zahlenangaben kann die Summe der Prozentzahlen unter Umständen geringfügig von 100 Prozent abweichen.

Im Falle von Mehrfachantworten kann die Summe der Prozentzahlen erheblich von 100 Prozent abweichen.